

Aktive Interessenvertretung Aller Kolleginnen & Kollegen

Betriebsratswahl 2014

Hallo Kolleginnen und Kollegen,

die Betriebsratswahl 2014 geht in ihre heiße Phase und jede im Betriebsrat vertretende Liste bläst mehr oder weniger zum Sturm auf die begehrten Plätze im Gremium. Von welchen persönlichen Intensionen sich dabei die einzelnen Betriebsräte treiben lassen, das wissen wir nicht im Detail. Welches Ergebnis ihr Wirken als Arbeitnehmervertreter hinterlassen hat, das lässt sich allerdings bewerten und vor der Wahl eines neuen Betriebsrats sollte jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter diese Bewertung für sich gründlich vornehmen!

Auch unsere Liste stellt sich wieder zur Wahl, denn auch wir wollen im künftigen Betriebsrat auf der Basis unseres Wahlprogramms (siehe Seite 4) aktiv die Gestaltungsmöglichkeiten einer Interessenvertretung aller Kolleginnen und Kollegen nutzen.

Welche Themen waren und sind uns wichtig und was haben wir seit 2010 bisher erreicht?

Schauen wir zunächst einmal auf das Kräfteverhältnis im Betriebsrat: Hier tummeln sich 23 Räte. Diese Anzahl ergibt sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz und ist bezogen auf die Menge der im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter. Mit vier Stimmen sind wir als Listenverbindung – unsere Liste 6 und die Liste 8 (ehemals GDBA) – dort vertreten und haben somit bei der Beschlussfassung des Gremiums wahrhaftig keine komfortable Mehrheit.

Ausgehend von den Erfahrungen der Jahre 2007 – 2009, der Jahre des Chaotisierens der Berliner S-Bahn und dem damit verbundenen terrorisieren der Berliner Bürger im Interesse der Profitmehrung, war und ist der **Erhalt der Berliner S-Bahn zu 100%** für uns ein besonderer Schwerpunkt unseres Wirkens!

Warum diese Kraftanstrengung auf das Ziel **100% S-Bahn**?

Weil nur so der Erhalt unserer Arbeitsplätze möglich ist. Dafür haben wir wahrlich „Klinken geputzt“ bei der Berliner Politik, in den Parteien, in den vielfältigen Bürgerverbänden und Bündnissen sowie in den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen und gewerkschaftsunabhängigen Arbeitnehmerorganisationen. Uns war klar, dass der Kampf um unsere Arbeitsplätze ohne die Unterstützung von Verbündeten nicht wirkungsvoll genug ist. Also suchten wir die Gemeinsamkeiten mit all jenen Bündnispartnern, die sich für **100% S-Bahn** und der Rücknahme der Privatisierung der Bahn aus dem Jahre 1994 einsetzten.

Viele haben uns hierbei aktiv geholfen. Auch der Betriebsrat hat sich anfänglich für **100% S-Bahn** eingesetzt. Selbst von der EVG kamen positive Signale, die freilich gepaart wurden mit der einschränkenden Forderung, wenn sich dafür die Kollegen bewegen.

Schon im Jahre 2009 waren wir mit der Forderung im Betrieb und der Öffentlichkeit unterwegs: „Kompetenz eine Chance – Lasst endlich uns S-Bahner ran“. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen sowie unseren Verbündeten in der Öffentlichkeit Berlins, war der Höhepunkt eine Demo am Ostkreuz, die auch von der EVG unterstützt wurde.

Im Jahre 2011 gründete sich im Betrieb der Berliner S-Bahn GmbH ein Kontrollausschuss. Dieser legte ein Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung unserer S-Bahn vor. Er wandte sich an Politiker und Gewerkschaften um einen größeren Einfluss auf die Wiederaufrichtung unserer S-Bahn zu haben. Den von den Unternehmern dieses Landes beeinflussten Politikern wie auch den Gewerkschaften war es anscheinend suspekt sich mit den Aktivisten des Kontrollausschusses zu treffen, an deren Stelle sollte der Betriebsrat bei ihnen erscheinen. Also wurden wir aktiv und ließen das Sofortprogramm der Kollegen und Vertrauensleute zur Wiederaufrichtung unserer S-Bahn im Betriebsrat beraten und wurde dahingehend mehrheitlich durch ihn beschlossen, so das der Vorsitzende der Einladung in den Bundestag folgen konnte.



Der Umstand, dass die von der EVG angeführte Führung des Betriebsrats urlaubsbedingt abwesend war, begünstigte eine derartige Beschlussfassung. Die Vorstände von sozialpartnerschaftlich geprägten Gewerkschaften agieren mit Widerstreben gegen die Bewegung der Kollegen von „unten“. und dies zeichnete sich durch Abwesenheit auch diesmal ab.



Im Bild unten links ist der Kollege P. Polke zu sehen, der zu diesem Zeitpunkt als amtierender BR Vorsitzender fungierte und den hinter ihm sitzenden Abgeordneten des Verkehrsausschuss des Bundestages das Sofortprogramm erläuterte und deren vollständige Umsetzung einforderte. So müssen alle verfügbaren Fahrzeuge der BR 485 wieder in Dienst genommen werden. Die Fahrzeuge der BR 481 müssen so überarbeitet werden, dass sie den normalen Sicherheitsstandards gerecht werden und sich somit der Verkehr wieder stabilisiert. Der neben dem Kollegen P. Polke sitzende Sprecher der S-Bahn Berlin GmbH Herr Buchner, war bestrebt den Abgeordneten zu erklären, dass diese Idee nicht

umsetzbar und alternativlos sei. Damals sprachen weder die Politik noch die Medien diesem Programm seine Machbarkeit nicht ab. Nur der damalige Druck der Kollegen zeigte den machbaren Weg aus der Krise der S-Bahn und wurde auch folglich umgesetzt.

Nach diesen anfänglichen Erfolgen im Ringen um den Erhalt unserer Arbeitsplätze, mussten wir recht schnell feststellen, dass das Durchsetzen unser Leitmotives, mit dem wir im Mai 2010 im Betriebsrat angetreten sind: **„Arbeit in unserer Firma halten und mehr, heißt für uns ein einheitlicher Betrieb, eine komplette und integrierte S-Bahn in öffentlich staatlicher Hand und ohne aufgezwungenen Wettbewerb“** immer problematischer wurde.

Im Auftrag der politischen Befürworter der Privatisierung beschreitet das Management der Deutsche Bahn nach wie vor konsequent den Weg der Vorbereitung der S-Bahn auf den Wettbewerb. Das ist eine Kampfansage an Löhne und Arbeitsbedingungen. Davon völlig unbeeindruckt erhöhte die Berliner Politik den Druck auf die Ausschreibung der Verkehrsleistungen der Berliner S-Bahn. Das Management der S-Bahn reagierte mit Rationalisierungsmaßnahmen, Ausgründungen und spürbarer Verdichtung der Arbeitsleistungen bei den Beschäftigten. Es ist somit auch nur folgerichtig, dass sich Ende des Jahres 2011 ein **Aktionsausschuss für 100% S-Bahn** gründete, um Gegenmaßnahmen zur Ausschreibung zu erwirken.

Mitte des Jahres 2012 übergab dieser Ausschuss dem Betriebsrat Unterschriftenlisten, auf denen sich fast ein Drittel unserer Belegschaft für die Durchführung einer Betriebsversammlung aller Mitarbeiter aussprach. Gemeinsam sollte über wirksame Maßnahmen für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und gegen die Zerschlagung der S-Bahn beraten werden. Obwohl das Betriebsverfassungsgesetz diese Option vorsieht, wenn sich $\frac{1}{4}$ der Belschaft in schriftlicher Form dafür erklärt, sah der Betriebsrat nicht die Notwendigkeit, erklärte die Nichtmachbarkeit einer solchen Versammlung und legte nach der Entgegennahme der Listen diese in den Stahlschrank und da schlummert der Wille von annähernd 1000 Kolleginnen und Kollegen noch immer und insofern vertritt die Mehrheit der Betriebsräte, die sich gegen diese BV entschieden, anscheinend andere Interessen. Jedenfalls vertritt sie nicht jene Arbeitnehmer, deren schriftlich bekundetes Interesse es war über Maßnahmen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sich zu beraten.

Im Laufe des zweiten Halbjahres 2012 tendierte der Betriebsrat mehr und mehr dazu, die Forderung nach 100% S-Bahn – aus einer Hand aus dem Blick zu verlieren, um sie dann in 2013 endgültig zu beerdigen.

Auf die Unterstützung der mit uns verbündeten öffentlichen Organisationen können wir nach wie vor bauen. Nicht aber auf die Unterstützung unsere Eisbahngewerkschaften und deren Vertreter im Betriebsrat. Die haben ihre Kräfte für den Erhalt des sozialpartnerschaftlichen Burgfriedens mit dem aktuellen Ergebnis dahingehend verbraucht, dass die S-Bahn immer weiter zerstückelt wird und die Unsicherheit über das Verbleiben unserer Arbeitsplätze anwächst – für unsere örtlichen Aufsichten ist der Verlust ihrer Arbeitsplätze mit dem Abschluss des Interessenausgleich bereits eingetroffen und die Mehrheit der Betriebsräte gab dafür ihre Zustimmung. Uns kam es in dieser entscheidenden Betriebsratssitzung so vor, als wenn die Betriebsratsmitglieder von EVG und GDL eine gemeinsame Liste wären. Damit haben sich nun diese Betriebsräte endgültig von einem einheitlichen Betrieb verabschiedet. Wie sonst ist das Bestreben insbesondere

der EVG Betriebsräte zu bewerten, die einen nicht erklärbaren Druck auf den Abschluss des nun vorliegenden Interessenausgleich und Sozialplan ausübten.

Der lachende Dritte in diesem Spektakel ist nun der Arbeitgeber. Im Ergebnis des Abschlusses über den Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgeber und betroffenen Arbeitnehmern – hier insbesondere die örtlichen Aufsichten, Servicemitarbeiter und betroffene Mitarbeiter der für sie zuständigen Verwaltung – hat die Geschäftsführung eine für sie recht komfortable Betriebsvereinbarung über die Installation von Videotechnik für seine Rationalisierungsmaßnahme ZAT-FM ausverhandelt. Nach unserer Bewertung haben die Betriebsräte von EVG und GDL erzwingbare Möglichkeiten der Mitbestimmung auf den Gabentisch der Wettbewerbsvorbereitung des Arbeitgebers gelegt. Denn den Verhandlungen über den nunmehr vorliegenden Interessenausgleich gingen Verhandlungen zu den technischen Fragen von ZAT-FM voraus und deren soliden Ergebnisse über Regelungen der Mitbestimmung dürften jetzt wohl verdampfen. Die alte Forderung unser Kollegen nach einer ZAT-Zulage wurde nicht zu letzt vom Arbeitgeber sondern vor allem durch den Betriebsrat abgelehnt. Danke für den Schlag ins Gesicht der Kollegen.

„Nicht unterstützen werden wir die Geschäftsführung der S-Bahn darin, dass im Unternehmen Mitarbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Wir wenden uns gegen Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze, die einhergehen mit einer Belastung, die unsere Mitarbeiter krank macht!“ Auch das war 2010 eine Aussage zum Leitmotiv unseres Handelns und gilt auch heute für das Wirken unserer Liste im Betriebsrat. Schwieriger geworden ist das Ringen um Ergebnisse, die diesem Leitmotiv entsprechen.

Im täglichen Betriebsratsgeschäft haben wir uns vornehmlich:

- Um die Belange des Arbeitnehmerdaten- sowie des Arbeitsschutzes in den Ausschüssen EDV und AUG engagiert. Für die Medien ist heute nur das Handy von Schröder und Merkel interessant. Diese Gefahren erkannten wir schon vor der Einführung der Lokführerhandys. Deshalb bekämpfen wir den Missbrauch von Arbeitnehmerdaten ebenso wie eine unzulässige Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Um den Missbrauch gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist uns das Erstellen von verbindlichen Regeln im Rahmen einer BV (Betriebsvereinbarung) ein besonders wichtiger Teil unserer BR-Arbeit. Entgegen der Herangehensweise anderer BR-Mitglieder, die der Auffassung sind, dass Absprachen über Regelungen und über Betriebsvereinbarungen mit dem Arbeitgeber von den Räten selbst getan werden sollte, haben wir bei Verhandlungen zu BV, nicht immer zur Freude des Arbeitgebers, einen Rechtsanwalt als Sachverständigen hinzugezogen und damit Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, in denen sich für die Mitarbeiter ein recht hoher Schutz entfaltet. Dieser Schutz wirkt direkt und unmittelbar. Heißt: Personalmaßnahmen die trotz Verstoß gegen BV eingeleitet wurden, müssen zurückgenommen werden. Dem Betriebsrat steht es zu, auch bei Gericht auf Rücknahme der Maßnahmen einzuwirken.
- Anfänglich unterstützten wir auch den Personalausschuss und betreuten unsere betroffenen Mitarbeiter erfolgreich im BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement). Mittlerweile hat der Betriebsrat die Entscheidung getroffen, dass andere Mitglieder die Tätigkeit im Rahmen des BEM besser beherrschen würden. Diesbezügliche Feedbacks haben uns allerdings bis her noch nicht erreicht.
- Die Beratung und Begleitung unserer Kollegen bei den Gesprächen mit dem Arbeitgeber ist uns immer ein wichtiges Anliegen der Betriebsratstätigkeit und wir konnten so manche Unannehmlichkeit für die Betroffenen abwenden.
- Datenschutz ist auch Gesundheitsschutz, so konnten wir in der Betriebsvereinbarung Erprobung ZAT-FM das Ringrundenkonzept einbringen lassen das heute noch angewendet wird.



Die anfänglich gute ausschussübergreifende Zusammenarbeit hat der Betriebsrat eingeschränkt und nun mögen die Räte in ihren angestammten Ausschüssen wirken. Für unsere Kolleginnen und Kollegen erscheint uns das nicht wirklich helfend.

Wohin wir wollen ... mit unserm Programm zur Betriebsratswahl, das von jedem Kollegen jeder Zeit verbessert werden kann. Denn es geht nicht um die Vertretung nur unserer Interessen!

Für aktive Betriebsräte und eine aktive Belegschaft ...

... die sich gemeinsam für die Umsetzung des vom Betriebsrat beschlossenen Sofortprogramms, gegen jedes Outsourcing von Unternehmensbereichen, gegen jede Art der Leiharbeit, gegen Werksverträge und gegen jeden Arbeitsplatzabbau einsetzt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! So sollten alle externen Kollegen sofort fest als S-Bahner übernommen werden. 1000 Einstellungen jetzt.

... um die Mitbestimmung bei allen Arbeitsorganisatorischen Fragen, wie z.B. Schichtarbeit, durch das Instrument des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Wahrung des Persönlichkeitsrechts und des Arbeitszeitgesetzes, vollumfänglich wahrzunehmen.

... damit alle Rechte aus abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen für uns Kolleginnen und Kollegen auch durchgesetzt werden und vom Betriebsrat in verständlicher Form kommuniziert wird. Damit jeder von uns S-Bahn Beschäftigten seine Rechte kennt und sie auch jeder Zeit anwenden kann.

... um auf Betriebsversammlungen durch offene und diskriminierungsfreie Diskussionen Beschlüsse zu fassen, die unsere Gewerkschaften und unseren Betriebsrat zum Handeln beauftragen. Aber auch, um neben den Gewerkschaften jedem einzelnen Beschäftigten von uns die Möglichkeit zu bieten sich für seine existenziellen Interessen einzusetzen und für sie zu kämpfen.

... die gemeinsam eine konsequente Betriebsratsarbeit bei der S-Bahn umsetzen, die sich, incl. unserer Gewerkschaften, aktiv für den Erhalt der S-Bahn zu 100% einsetzen und übergreifend einen aktiven Widerstand gegen die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn leisten.

... um sich übergreifend für eine aktive Gewerkschaftsarbeit der EVG und GDL einzusetzen, die ihre Mittel und Möglichkeiten in die Hände der Beschäftigten legen. Auch zur Umsetzung der noch immer von fast 1000 S-BahnerInnen eingeforderten Betriebsversammlung, während der Arbeitszeit,

... die gemeinsam ihren Nutzen aus einer transparenten Informations- und Kommunikationsarbeit des S-Bahn Betriebsrates ziehen. Indem der Betriebsrat aktuell über seine Arbeit und die Entwicklungen und Probleme bei der S-Bahn berichtet und damit nicht nur über das Intranet allen Beschäftigten die Möglichkeit der aktiven Diskussion und Mitgestaltung im Betriebsrat anbietet.

... um gemeinsam bei der Erarbeitung von Betriebsvereinbarungen und der Durchsetzung unserer Interessen und Forderungen bei den Verhandlungen des Betriebsrates mit dem S-Bahn Management mitzuwirken, da sie uns Beschäftigte oft existenziell betreffen (Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung, Strukturänderungen).

Für eine aktive Mitgestaltung der Gewerkschaften ...

... im Betrieb und Betriebsrat, die sich auf die Beschlüsse ihrer Mitglieder und auf das Interesse von uns Beschäftigten bezieht. Um sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jedes Outsourcing von Unternehmensbereichen, gegen jeden Arbeitsplatzabbau, gegen die Ausschreibung und Zerschlagung der S-Bahn und damit aktiv gegen die Privatisierung der S-Bahn einzusetzen.

... und aktive Widerstandsformen der Gewerkschaften EVG und GDL, um zum Beispiel bei jedem möglichen zukünftigen privatwirtschaftlich agierenden S-Bahn Betreiber schon heute offensiv und wirksam Tarifverträge auf höchstem Niveau, auch mit dem Mittel von Streiks, einzufordern.

... über die bisherigen Gewerkschaftsgrenzen hinweg für einen aktiven gesellschaftlichen, politischen und tariflichen Widerstand der EVG und GDL, um gemeinsam mit all ihren Mitgliedern und allen Beschäftigten die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn, und all den schon heute spürbaren Auswirkungen für uns S-Bahn Beschäftigten, aktiv und wirksam zu stoppen.

Für eine aktive Zusammenarbeit der S-Bahn Fahrgäste und Beschäftigten ...

... um sich bei regelmäßigen Veranstaltungen über unsere jeweilige Situation als NutzerInnen und Beschäftigte der S-Bahn auszutauschen und dies als Grundlage für die gemeinsame Organisation eines übergreifenden Widerstand gegen die uns alle treffende Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn aktiv zu nutzen.

... bei Aktionen gegen die Auswirkungen und Ursachen der S-Bahn Privatisierung. Zusammen mit unseren Gewerkschaften, den zahlreichen Organisationen und Initiativen, um alle gewerkschaftlichen und politischen Kräfte zu vernetzen, die sich aktiv gegen die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn als öffentliche Daseinsvorsorge für Berlin und Brandenburg einsetzen.